

**Protokoll**  
**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt**  
**und Verkehr**

**Sitzungstermin:** Montag, den 10.06.2024

**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr

**Sitzungsende:** 19:58 Uhr

**Ort:** ENERGIE ERLEBNIS ZENTRUM Ostfriesland, -  
Seminarraum 1 -, Osterbusch 2, 26607 Aurich

**Anwesend sind:**

**Vorsitzender**

Herr Reinhold Mohr

**stv. Vorsitzender**

Herr Volker Rudolph

**Ordentliche Mitglieder**

Frau Erika Biermann

bis 19:40 Uhr (TOP 11)

Herr Arno Fecht

Frau Monika Gronewold

Frau Antje Harms

Vertretung für Herrn Saathoff

Frau Gerda Küsel

Herr Wolfgang Ladwig

Frau Dore Löschen

Herr Artur Mannott

Herr Manfred Möhlmann

**Beratende Mitglieder**

Herr Hendrik Siebolds

Vertretung für Herrn Warmulla

Frau Heidrun Weber

**Radverkehrsbeauftragter**

Herr Frank Patschke

**von der Verwaltung**

Herr Mirko Wento

Herr Volker Alberts

Frau Maren Brechters

Protokollführung

Herr Bernd Ewerth

bis 18:13 Uhr

Herr Tjarko Tjaden

Herr Ehlke Ubben

bis 18:13 Uhr

**Entschuldigt fehlen:**

**Ordentliche Mitglieder**

Frau Waltraud de Wall  
Herr Richard Rokicki  
Herr Georg Saathoff

**Beratende Mitglieder**  
Herr Reinhard Warmulla

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:01 Uhr.

**TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 25.04.2024**

Herr Mohr wünscht, dass seine Begründung gegen die Absetzung der Thematik des Stadtbusses im Protokoll aufgenommen werden solle.

Der Vorsitzende lässt über das geänderte Protokoll abstimmen. Das Protokoll vom 25.04.2024 wird einstimmig genehmigt.

**TOP 4 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

**TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner teilt mit, dass seit der Freigabe der Fockenbollwerkstraße der Verkehr im Eckfehler Ring wieder deutlich zugenommen habe. Bei Straße handele es sich um einen verkehrsberuhigten Bereich und er möchte nun wissen, welche Regelungen die Stadt gegen das vermehrte Verkehrsaufkommen treffen könne. Herr Wento erklärt, dass die Problematik an die entsprechenden Stellen weiterleiten werde.

**TOP 6 Kenntnisgaben der Verwaltung**

Herr Ewerth gibt bekannt, dass bei dem festen Fahrradzählgerät in der Fockenbollwerkstraße für das Jahr 2024 bereits die 100.000er Marke geknackt worden sei. Zudem sei seit der Freigabe der Fockenbollwerkstraße ein sprunghafter Anstieg zu vermerken. Der Spitzenwert läge bei 1.600 Fahrrädern an einem Tag.

**TOP 6.1 Sachstand Kommunale Wärmeplanung**

Herr Tjaden berichtet, dass bei der Kommunalen Wärmeplanung, die die Stadt Aurich zusammen mit der Stadt Norden erstelle, nun die Halbzeit erreicht sei. Bisher seien die Bestands- und die Potenzialanalyse erfolgt. Im Rahmen der Bestandserhebung seien elektronische Fragebögen an die Gewerbe- und Industrieunternehmen in den beiden Städten gesendet worden. In Aurich seien zehn Rückmeldungen eingegangen und die meisten potenziell größten Energieverbraucher bzw. –bereitsteller seien dabei gewesen. In Norden seien nur

fünf Rückmeldungen eingegangen und es wurden keine Abwärmepotenziale mitgeteilt. Von den Energieversorgern und den Schornsteinfegern seien Daten bereitgestellt worden. Im Bereich der elektrischen Wärmeenergieerzeugung sei die Datenbasis eher gering, da ein Großteil der angeschlossenen Wärmepumpen den Versorgern nicht gemeldet würde. Diesbezüglich würden die Handwerksbetriebe sensibilisiert werden. Herr Tjaden zeigt eine Karte, in der die Wärmebedarfe aus der Bestandsanalyse nach Intensität farblich unterschiedlich – grün - geringe Wärmebedarfe und rot - hoher Wärmebedarf – dargestellt werden. Er erklärt, dass dort, wo ein hoher Wärmebedarf auf engem Raum vorliege, die Planung eines Wärmenetzes gegenüber Wärmepumpen sinnvoller sei. Die sich aus der Karte ergebenden Potenziale würden in einer Fachgruppe diskutiert. Es sei zu beachten, dass rund 75 % der Wärmebedarfe einzelversorgt bleiben würden. Als Resultat der Bestandsanalyse könne mitgeteilt werden, dass in Aurich einen starken Energieverbrauch im Wohnsektor gäbe und der Hauptenergieträger mit ca. 95,2 % Erdgas sei. Am 16.05.2024 habe es einen Fachunternehmer-Workshop mit 50 Teilnehmern aus den Bereichen SHK, Schornsteinfeger, Energieberater und Planungsbüros gegeben. Vor, während und nach der Veranstaltung seien Fragen online gesammelt und beantwortet worden. Die Fachunternehmen wünschten sich eine stärkere und klarere Kommunikation des Themas Wärmeplanung. Bis September dieses Jahrs sollen u.a. Szenarien entwickelt, Gebiete analysiert und diskutiert, Umsetzungsmaßnahmen definiert, der Bericht erstellt und die Umsetzungsmaßnahmen begonnen werden. Danach sollten Lösungen für die Einzelgebäudeversorgung adressiert werden.

Herr Rudolph erkundigt sich, ob für die grünen Bereiche überhaupt Wärmenetze denkbar seien oder ob diese keine Vorteile aus der Untersuchung ziehen können. Herr Tjaden erklärt, dass diese Bereiche wahrscheinlich nicht im Detail betrachtet werden würden. Dies sei allerdings nicht unbedingt vom Nachteil, da Einzelmaßnahmen günstiger als ein Wärmenetz werden könnten.

Der Fragenkatalog liegt dem Protokoll in digitaler Form an.

## **TOP 7     Sanierung der Wohnstraßen Glupe und Dwarsglupe** **Vorlage: 24/136**

Die Verwaltung stellt die Planungen vor (Beratung siehe TOP 7.1 und 7.2).

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

### Empfehlungsbeschluss

Die bauliche Durchführung und Finanzierung der straßenbaulichen Erneuerung der städtischen Straßen "Glupe" und "Dwarsglupe" wird beschlossen.

### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

## **TOP 7.1   Sanierung / Umbau der Schmutzwasserkanalisation und der Oberflächen-** **entwässerung**

Herr Ubben erläutert die geplante Kanalsanierung. Die Kanalanlagen in der Glupe sollen von der Leerer Landstraße bis zum Ostfrieslandwanderweg sowie in den drei Seitenstraßen u.a.

der Dwarsglupe saniert werden, da diese erhebliche Schäden aufwiesen. Sand sickere in die Schächte und würde somit auch die Straße absenken. Bei dem letzten Hochwasser 2021 hätten die Keller der Anwohner unter Wasser gestanden. Die Schächte sollen von 400 auf 600 vergrößert werden. Dafür müsse die Straße drei Meter geöffnet werden. Betroffen seien auch die Hausanschlüsse. Die Maßnahme diene der Senkung der Unterhaltungskosten sowie der Anpassung an zukünftige Starkregenereignisse. Die Planungen sollen im Sommer abgeschlossen sein und mit den Baumaßnahmen in der Glupe solle 2025 begonnen werden. Die Baumaßnahmen in der Dwarsglupe seien für 2026 vorgesehen.

Frau Gronewold erkundigt sich, wohin bei Regen das Mehrwasser im Vergleich zu jetzt hingeführt werde und ob dies nicht weitere alte Kanalleitungen belasten würde. Herr Ubben erklärt, dass die Entwässerung über die Leerer Landstraße, den Lüchtenburger Weg hin zum Alten Molkereigraben geführt werde.

Herr Mohr bittet um die Aufteilung der Kosten nach Schmutzwasserkanalisation und Oberflächenentwässerung. Herr Ubben teilt mit, dass sich die Kosten für den Schmutzwasserkanal auf rund 600.000 Euro belaufen würden, die restlichen Kosten i.H.v. 1,1 Mio. € würden für die Oberflächenentwässerung anfallen.

## **TOP 7.2 Sanierung der Verkehrsanlagen Glupe und Dwarsglupe**

Herr Koppmann vom Büro Heidt & Peters stellt die Planungen zu den Verkehrsanlagen vor. Baubeginn sei 2025 parallel zur Kanalsanierung in der Glupe. Die Baumaßnahme erfolge in drei Bauabschnitten. Der erste Bauabschnitt umfasst die Glupe von der Leerer Landstraße bis zur Ukenastrasse. Im zweiten Bauabschnitt solle der restliche Teil der Glupe und im dritten Bauabschnitt solle die Dwarsglupe saniert werden. In den Straßen herrsche ein hoher Parkdruck, da die Mehrfamilienhäuser in der Dwarsglupe über keine eigenen Parkplätze verfügen. Im ersten Bauabschnitt seien eine Fahrbahnbreite von 3,5 m sowie ein überfahrbares Gehweg mit 2,5 m Breite geplant. Dazwischen solle sich die Entwässerungsrinne befinden. Ausgewählte Knotenpunkte sollen aufgepflastert werden und mit Rampensteinen versehen werden. Im zweiten Abschnitt plane man eine Fahrbahnbreite von 5,5 m, die teilweise auf 3,25 m beschränkt werde durch Parkbuchten mit Bäumen davor und dahinter. Der Gehweg mit einer Breite von 2,5 m werde getrennt geführt. An der Nordseite werden Mulden zur Unterstützung der Entwässerung der Straßen geplant. Der Radverkehr solle über die Fahrbahn geführt werden. Vorgesehen sei Tempo 30 für die Wohnstraßen. Im dritten Bauabschnitt in der Dwarsglupe werde mit einer Fahrbahnbreite von 4,00 m geplant. Auch hier solle der Gehweg von 2,5 m Breite getrennt geführt werden. Zwischen Fahrbahn und Gehweg würden Versickerungsmulden sowie Parkbuchten geplant werden. Die Dwarsglupe sei eine Einbahnstraße. Herr Koppmann betont, dass alle Bestandsbäume erhalten werden sollen. Zudem seien in der Glupe acht und in der Dwarsglupe elf Neupflanzungen geplant.

Herr Siebolds kritisiert den Wegfall des zweiten Gehwegs in der Dwarsglupe. Zudem sorgt er sich darum, dass eine Straßenüberquerung, um auf den Gehweg zu gelangen, barrierefrei möglich sein sollte. Er bemängelt auch den kurzfristigen Zugang von Vorlagen. Er hätte diese gerne ein bis zwei Wochen früher und mit den Querschnitten, da eine Woche nicht zur sorgfältigen Vorbereitung reiche. Herr Ewerth teilt zu den Gehwegen mit, dass durch den Verzicht auf einen zweiten Gehweg ein regelkonformer Ausbau des Straßenraums erfolgen könne. Herr Siebolds fragt an, ob ökologischere Materialien als Betonpflaster verwendet werden könnten.

Herr Fecht zeigt sich in Anbetracht der wenigen geplanten Parkbuchten skeptisch, dass diese den Parkdruck in den Straßen lösen könnten. Seiner Erfahrung nach stünden dort abends bis zu 20 Fahrzeuge. Herr Koppmann erklärt, dass es Richtlinien zur Anzahl von zu schaffenden Parkplätzen gäbe. Zudem läge es in der Zuständigkeit der Eigentümer ausreichend

Stellplätze für ihre Mieter zu schaffen. Herr Ewerth ergänzt, dass die Verwaltung aktiv auf die Eigentümer zu gehen würden.

Herr Rudolph erkundigt sich, ob die Glupe auch zu einer Fahrradstraße gemacht werden könnte. Herr Ewerth verweist auf die fehlende Notwendigkeit, da die Glupe zwischen den fahrradfreundlich ausgebauten Straßen Fockenbollwerkstraße und Popenser Straße läge. Zudem werde bei der Planung der Fokus nicht nur auf den Autoverkehr gelegt, sondern auch auf den Radverkehr. Er fügt hinzu, dass die Einbahnstraßenregelung in der Dwarsglupe nur für den Autoverkehr gelte.

Frau Weber fragt an, ob auch ein Baum bei den Pollern in der Glupe gepflanzt werden könnte. Sie fordert, dass die geplanten Bäume auch tatsächlich gepflanzt werden. Zudem bittet sie um eine Anpassung des Höhenunterschieds zu dem Netto-Parkplatz. Herr Ewerth weist bezüglich des Netto-Parkplatzes daraufhin, dass die Stadt Aurich nicht die Eigentümerin dieser Fläche sei. Der Wunsch könnte lediglich bei dem Eigentümer angesprochen werden. Zu den Bäumen teilt er mit, dass man in Gesprächen mit den Versorgern stünde, sodass die Leistungen gebündelt in den Gehwegen verlegt würden und so ausreichend Platz für die Baumpflanzungen im Erdreich sei.

Frau Gronewold zeigt sich hinsichtlich der Pflege der Mulden besorgt. Der Betriebshof sei jetzt schon überarbeitet und die Stadt solle sich nicht zu sehr auf die Anwohner verlassen.

**TOP 8     Veröffentlichungsbeschluss – Lärmaktionsplan Stufe 4 lt. § 47d des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)**  
**Vorlage: 24/132**

Frau Hartwich von dem Unternehmen Bernard Gruppe stellt das Ergebnis zur Stufe 4 des Lärmaktionsplans vor. Die Lärmaktionsplanung sei mindestens alle fünf Jahre zu aktualisieren. Dabei handele es sich um eine sehr theoretische Studie, bei der der Straßenlärm aus einer Höhe von 4 m betrachtet werde, wobei unberücksichtigt bleibe, ob darunter Lärmschutzwände oder ähnliches aufgestellt wurden. Die Berechnung erfolge einheitlich nach den Vorgaben der EU in allen EU-Staaten. Ziel sei die Senkung der Lärmbelästigung. In den letzten Wochen seien die Grundlagen gesichtet und daraus die Lärmschwerpunkte berechnet und identifiziert worden. Als Resultat seien Lärmschutzmaßnahmen formuliert worden. Nun solle die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen. Bei der Betrachtung seien alle Straßen mit einer Verkehrsbelastung von über 8.200 Fahrzeugen pro Tag berücksichtigt worden – auch an Sonn- und Feiertagen. Die Werte seien vom Land Niedersachsen festgestellt. Tagsüber lege der Schwellenwert bei 65 dB(A) und nachts lediglich bei 55 dB(A). Vom Lärm betroffene Gebäude seien bereits in vorangegangenen Planungen gefördert worden, z.B. durch Umrüstung auf Lärmschutzfenster. Für Aurich habe man Aktionsbereiche gebildet, da es viele Lärm-HotSpots gäbe. Für diese seien neue Lärmschutzmaßnahmen erdacht worden.

Frau Weber kritisiert, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Urlaubszeit erfolge. Sie erkundigt sich, weshalb man nicht generell Tempo 30 auf den betroffenen Straßen plane. Zudem möchte sie wissen, warum Pflanzen bei der Berechnung nicht berücksichtigt werden. Herr Alberts teilt zum Tempo 30 mit, dass es für die Festsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung gäbe und Tempo 30 nur bei besonderen Gefahrenpunkten vorgesehen sei. Frau Hartwich erklärt, dass sich die Auswirkungen von Pflanzen auf den Lärmschutz schwer berechnen lasse.

Frau Küsel erkundigt sich, wer die Größe der Aktionsbereiche festlege. Frau Hartwich berichtet, dass dabei betrachtet worden sei, wie viele Menschen von dem Schall von der Straße betroffen seien. Teilweise sind in den Aktionsbereichen besonders viele Personen mit geringen Abstand zueinander betroffen.

Herr Wento stellt klar, dass es sich bei dem Lärmaktionsplan um die Erfüllung einer EU-Vorgabe handele. Die Bürger hätten dadurch keinen rechtlichen Anspruch auf die tatsächliche Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen.

Herr Siebolds beklagt, dass hier nur die Symptome bekämpft würden und nicht die Ursachen. Er fragt an, ob Wiesens nur aufgrund der Verkehrszahlen nicht mehr betrachtet worden sei. Frau aArtwich bestätigt dies. Es würden nur Straßen mit mehr als drei Millionen Fahrzeugen pro Jahr betrachtet werden. Die Daten aus der Stufe 3 des Lärmaktionsplans stünden für weitere Überlegungen weiterhin zur Verfügung.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

#### Empfehlungsbeschluss

Der Vorentwurf des Lärmaktionsplanes wird beschlossen. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Die Verwaltung wird mit der Veröffentlichung des Vorentwurfes des Lärmaktionsplanes zur Bürgerbeteiligung und zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange beauftragt.

#### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(Frau Biermann und Herr Ladwig waren bei der Abstimmung nicht anwesend)

### **TOP 9 Konzessionsvergabe für die Errichtung und den Betrieb von 81 Ladepunkten im Stadtgebiet von Aurich** **Vorlage: 24/087**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

#### Empfehlungsbeschluss:

Die Verwaltung wird mit der Ausschreibung einer Konzessionsvergabe für die Errichtung und den Betrieb von 81 Ladepunkten im Stadtgebiet von Aurich beauftragt.

#### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(Frau Biermann und Herr Ladwig waren bei der Abstimmung nicht anwesend)

### **TOP 10 Stadtbus System**

Der Vorsitzende erläutert das organisatorische Vorgehen bei der Beratung der nachfolgenden Punkte.

Herr Rudolph teilt mit, dass die Gruppe SPD/GAP ihren Antrag (Antrag-Nr. 24/015) zurückziehe.

**TOP 10.1 Position zum neuen Stadtbussystem der CDU-Fraktion**  
**Vorlage: 24/105**

Es wird keine Stellungnahme abgegeben.

**TOP 10.2 Position zum neuen Stadtbussystem Ratsfrau Heidrun Weber**  
**Vorlage: 24/106**

Es wird keine Stellungnahme abgegeben.

**TOP 10.3 Position zum neuen Stadtbussystem der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Vorlage: 24/107**

Herr Mohr teilt mit, dass seine Fraktion den Vorschlag der Verwaltung unterstütze. Jedoch solle noch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durch das Büro Mobile Zeiten erstellt werden. Herr Möhlmann berichtet, dass nach Aussagen des Planers die Einnahmen kaum Auswirkungen auf die Kosten hätten.

**TOP 10.4 Position zum neuen Stadtbussystem der Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: 24/072**

Herr Siebolds fordert ein größeres Budget für die Einführung eines Stadtbussystems. 400.000 Euro würden hierfür nicht ausreichen. Zu Beginn müsse man "klotzen", damit der ÖPNV von der Bevölkerung angenommen werden würde. Die zwei vorgeschlagenen Linien seien nicht ausreichend, aber man wolle dies annehmen, bevor es gar kein Bussystem gäbe.

**TOP 10.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE, hier: Konzeptentwicklung Stadtbus Aurich**  
**Vorlage: ANTRAG 24/010**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Neukonzeption des Stadtbusverkehrs Aurich erfolgt gemäß dem Konzept mit 4 Linien des Büros Mobile Zeiten. Dieses Konzept dient als Grundlage für ein ausbaufähiges und weiter zu entwickelndes Linienbussystem.

Einige eventuelle Linienanpassungen, die Ausdehnung der Bedienzeiten bis 19:00 Uhr und eventuell an Sonn- und Feiertagen sowie die Kosten eines ergänzenden Anruf-Sammeltaxibetriebes und die Erzielung von Einnahmen und Fördermitteln sind zu prüfen. Die Strecken der Linien sind zeitgerecht auf den künftigen neuen ZOB an der Sparkassen-Arena anzupassen und mit dem Landkreis abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:



Der Antrag wird mit einer Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

**TOP 10.6 Antrag der Gruppe SPD/GAP, hier: Durchführung Mobilitätskonzept "Aurich Mobil"**  
**Vorlage: ANTRAG 24/015**

Der Antrag wurde zurückgezogen (siehe TOP 10).

**TOP 10.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Neukonzeption und Einführung eines Stadtbus-Systems - Änderung zur Vorlage 24/089**  
**Vorlage: ANTRAG 24/017**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Das Planungsbüro Mobile Zeiten (MZ) wird beauftragt, auf Grundlage des vereinbarten Budgets für die Neustrukturierung des Stadtbusse Aurich ein Konzept zu einer Kostenprognose über die zu erwartenden Einnahmen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit einer Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

**TOP 10.8 Neukonzeption und Einführung eines Stadtbus-Systems für die Stadt Aurich**  
**Vorlage: 24/089**

Herr Wento erklärt, dass die Verwaltung an ihrem Vorschlag zu Punkt 1 festhalte, da die Meinungen der Parteien sehr weit auseinander gehen würden.

Herr Siebolds fordert einen Halbestundentakt und die Verlängerung der Bedienzeiten. Er beantragt, dass die Bedienzeiten von montags bis freitags bis 19 Uhr verlängert werden. Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Der Antrag wird mit einer Ja-Stimme und 10 Gegenstimmen abgelehnt.

Herr Siebolds erkundigt sich nach den Plänen der Verwaltung für das restliche Stadtgebiet. Herr Alberts berichtet, dass ein stufenweiser Ausbau nach vorheriger Evaluierung geplant sei.

Der Vorsitzende lässt über den Punkt 1 der Vorlage abstimmen. Der Punkt 1 wird abgelehnt.

Herr Rudolph begründet das Zurückziehen des Antrags der Gruppe SPD/GAP. Der ÖPNV dürfe nur mit breiter Mehrheit beschlossen werden. Das System müsse neu gedacht werden. Die Busunternehmen Edzard und Andreesen hätten die Initiative ergriffen und ein Ride-Pooling-Verkehrskonzept vorgeschlagen, dass auf einem On-Demand-Systeme begründe. Hierfür solle es eine App mit KI-Funktion geben, sodass der Algorithmus die Bedarfe der Nutzer steuere und so optimale Fahrstrecken ermittle. Dies sei nachhaltiger und die On-

Demand-Lösung schließe alle Auricher Stadtteile ein. Im gesamten Stadtgebiet würden dann virtuelle Haltstellen errichtet werden. Bei beiden Busunternehmen handele es sich um lokale Akteure mit hohem Interesse an der Umsetzung des ÖPNV. Die konkrete Planung müsse noch erarbeitet werden.

Herr Siebolds kritisiert, dass dies nur ein optimierter Anrufbus sei und er vermisse an dem Konzept die Planbarkeit eines Linienerverkehrs. Zudem fragt er an, weshalb dieser Vorschlag erst jetzt erbracht werde, obwohl die Thematik bereits ewigkeiten dauere. Die erneute Prüfung würde nur eine noch größere Versorgungslücke verursachen. Im nächsten Jahr gäbe es keinen Bus mehr für Menschen, die auf ihn angewiesen seien. Ein On-Demand-System sei sehr teuer und werde höchstwahrscheinlich nicht funktionieren. Es müsse ein gutes Konzept geben, das die Menschen aus ihren Autos hole. Zu Beginn sei dies mit sehr hohen Kosten verbunden, die sich später amortisieren würden. Die Anzahl der eingesetzten Busse sei entscheidend. Nach Aussage des Gutachters müsse man hierfür 300.000 € bis 400.000 € pro Bus einplanen. Er erkundigt sich nach den Kosten für die Umsetzung des Konzepts von Herrn Rudolph. Diese stünden noch nicht fest.

Auch Herr Mohr sorgt sich um die Versorgung im nächsten Jahr. Er fordert, dass das System einfach und verlässlich sei. Er sei besorgt, dass vor allem viele ältere Menschen von der Technik überfordert sein könnten. Dies müsse mitbedacht werden.

Herr Möhlmann und Herr Mannott bitten, dass der Landkreis in die Planungen miteinbezogen werden sollte. Die Hauptverkehrsstrecken sollen durch den Landkreis bedient werden. Von der Bevölkerung müssten weitere Anfahrtswege in Kauf genommen werden. Man müsse zudem die Kosten für den Bau von weiteren Haltstellen i.H.v ca. 30.000 € pro Stück beachten.

Herr Fecht beruft sich auf die Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Der Vorschlag sei umfassender als der Verwaltungsvorschlag und sollte dementsprechend geprüft werden, sodass man in zwei Jahren nicht die Entscheidung bereuen werde.

Frau Küsel und Frau Löschen heben hervor, dass der Vorschlag von Herrn Rudolph auch die Randgebiete miteinbeziehe und die Bevölkerung dort sich dadurch nicht so ausgeschlossen fühlen werde.

Frau Weber fordert eine ordentliche Ausschreibung der Leistung, sodass es keine Bevorteilung einzelner Unternehmen gäbe. Herr Rudolph zeigt sich überzeugt, dass die Rechtsabteilung der Verwaltung in der Lage sei eine saubere Lösung zu finden. Die Verwaltung solle beauftragt werden, den Kontakt zu den Busunternehmen aufzunehmen.

Herr Wento formuliert den Änderungsvorschlag. Der Vorsitzende lässt über diesen abstimmen.

#### Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Stadtbussystem mit Start Juni 2025 zu beauftragen, welches zunächst die vorgestellten Linien 1 und 2 und die Bedienzeiten Mo-Fr 06:00 Uhr bis 18:00 Uhr und Samstag 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr umfasst.
2. Wird keine Mehrheit für den Pkt. 1 erzielt, so erhält die Verwaltung den Auftrag, eine Anpassung des bestehenden Anruf-Bussystems zu prüfen, mit dem Ziel, das System auf Basis des bestehenden Angebotes zu optimieren.

#### Empfehlungsbeschlüsse:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Stadtbus-System mit Start Juni 2025 zu beauftragen, welches zunächst die vorgestellten Linien 1 und 2 und die Bedienzeiten Mo-Fr 06:00 Uhr bis 18:00 Uhr und Samstag 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr umfasst.

Abstimmungsergebnis:

Mit einer Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen abgelehnt

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für ein On-Demand-Bussystem zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 10 Ja-Stimmen und einer Enthaltung empfohlen

**TOP 11 Gestaltung von Fahrradstraßen im Auricher Stadtgebiet am Beispiel Eckfehler Weg**  
**Vorlage: 24/099**

Herr Alberts stellt seine Präsentation zu Fahrradstraßen in Aurich mit Schwerpunkt Eckfehler Weg vor. Er präsentiert mehrere Gestaltungsmöglichkeiten von Fahrradstraßen – von baulichen Änderungen bis hin zu Maßnahmen im Bestand. Eine mögliche Gestaltung im Eckfehler Weg sei zwei Fahrbahnen für Radfahrer mit einer Breite von 2,00 m. Dazwischen gäbe es einen befahrbaren Mittelstreifen von 0,5 m Breite. Hinzu kämen noch befahrbare Seitenstreifen von jeweils 0,5 m Breite, sodass der PKW-Verkehr noch ausweichen könne. Grund für die Umsetzung einer Fahrradstraße im Eckfehler Weg sei die starke Befahrung sowie die bedeutende Rolle der Straße für den Radverkehr. Der Bau solle 2025 erfolgen. Markierungen im Bestand könnte man z.B. auch noch im Grünen Weg umsetzen. Die Gestaltung sei jedoch einzelfallabhängig. Die Umsetzung der Straßen orientiere sich am Sanierungsplan, da einige Straßen teilweise in einem sehr schlechten Zustand seien.

Frau Gronewold fragt an, ob die Ortsräte beteiligt würden. Dies wird bejaht.

Herr Patschke fordert ein einheitliches Konzept für alle Fahrradstraßen.

Herr Möhlmann erkundigt sich nach Fördermöglichkeiten und ob es bereits Zuwendungen für die Maßnahme Eckfehler Weg gäbe. Herr Alberts teilt mit, dass ein Förderantrag noch zu stellen sei, aber es gäbe zwei potenzielle Förderprogramme: Das Sonderprogramm Stadt & Land mit 75 % Förderung und die Kommunalrichtlinie mit 50 % Förderung.

Frau Küsel bittet darum, dass das gesamte Stadtgebiet bei der Errichtung von weiteren möglichen Fahrradstraßen berücksichtigt werden solle.

Herr Mohr merkt an, dass Hochborde in Fahrradstraßen gefährlich werden könnten und man die Abgrenzung zum Gehweg doch bitte anders plane. Herr Alberts gibt zu bedenken, dass die Hochborde dem Schutz der Fußgänger diene. Herr Siebolds schlägt vor, dass der Einsatz von Hochborden von Fall zu Fall entschieden werde.

**TOP 12 Anfragen an die Verwaltung**

Frau Gronewold erkundigt sich zum Bearbeitungsstand der Baugenehmigung zur Windpar-

kerweiterung in Walle. Herr Wento berichtet, dass diese in der Zuständigkeit des Landkreises liege. Nach den Sommerferien solle das Konzept vorgestellt werden und die entsprechende Flächennutzungsplanänderung angestoßen werden.

Frau Weber bedankt sich für die Unterstützung beim Familienfahrradtag. Herr Patschke möchte sich auch bei der Polizei bedanken für die Unterstützung beim Fahrradkorsos mit rund 100 Teilnehmern.

**TOP 13 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 14 Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:58 Uhr.